

# Interdisciplinary Research on Climate Change Mitigation and Adaptation

Discussion Paper 02/2012

## Machtkämpfe im Paradies - Mit REDD+ zwischen Klimaschutz und Landkonflikten in Chiapas, Mexiko

Sarah Hackfort

**Impressum**

© 2012 beim Herausgeber  
Alle Rechte vorbehalten

**Herausgeber:**

Universität Kassel  
Prof. Dr. Alexander Roßnagel  
Geschäftsführender Direktor  
Kompetenzzentrum für Klimaschutz  
und Klimaanpassung (CliMA)  
Kurt-Schumacher-Str. 2  
34117 Kassel  
Tel.: 0561 804 7260

Deutsche Nationalbibliothek  
ISSN 2193-4827

**Redaktion/Layout**

Jana Gattermann  
Robin Kirakosian

Email: [CliMA@uni-kassel.de](mailto:CliMA@uni-kassel.de)  
[www.uni-kassel.de/uni/clima](http://www.uni-kassel.de/uni/clima)

# Machtkämpfe im Paradies - Mit REDD+ zwischen Klimaschutz und Landkonflikten in Chiapas, Mexiko

*Sarah Hackfort<sup>1</sup>*

1. Kontroverse Positionen um REDD+ .....	2
2. Entwicklung und Ziele des transnationalen REDD+ Programms.....	4
3. REDD+ als Instrument für Klimaschutz und Armutsbekämpfung?.....	5
3.1 Noch viele Fragezeichen .....	6
4. Mexikos Rennen um REDD+.....	8
4.1 Chiapas - Kristallisationspunkt multipler Ungleichheiten.....	9
4.2 REDD+ in Chiapas - Verschärfung sozialer und politischer Ungleichheiten?.....	11
5. Schlussfolgerungen .....	15
6. Literatur.....	17

Keywords: Klimaschutz, REDD+, Soziale Ungleichheit, Mexiko

---

<sup>1</sup> Sarah Hackfort ist Doktorandin am Kompetenzzentrum für Klimaschutz und Klimaanpassung und am Fachgebiet Politikwissenschaftliche Umweltforschung der Universität Kassel; Kontakt: Universität Kassel, CliMA, Kurt-Schumacher-Strasse 2, 34117 Kassel, s.hackfort@uni-kassel.de.

## 1. Kontroverse Positionen um REDD+

Mit den internationalen Verhandlungen zu einem Post-Kyoto-Abkommen für den Klimaschutz hat die kontroverse Debatte über internationale Ausgleichszahlungen für den Erhalt von Wäldern wieder an Dynamik gewonnen. Das Programm REDD+ (REDD+, Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und Degradierung von Wäldern) ist der ambitionierte Versuch die systematische Vermeidung von Entwaldung und Degradierung von Wäldern zur Reduktion der klimarelevanten Emissionen von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) transnational zu institutionalisieren und den Waldschutz systematisch in die internationale Klimaschutzpolitik zu integrieren. REDD+ steht für eine Vielzahl von Maßnahmen unterschiedlicher Akteure, die alle das Prinzip vereint die CO<sub>2</sub>-Senkenfunktion inklusive der nachhaltigen Bewirtschaftung von Wäldern ökonomisch mess- und bewertbar zu machen und sie möglicherweise in einen zertifizierten Emissionshandel zu integrieren (UN REDD 2011; Seiwald/Zeller 2011).

Dabei wird von den BefürworterInnen argumentiert, dass die Ausgleichszahlungen an Kleinbauern und -bäuerinnen oder indigene Völker für den Erhalt ihrer Wälder, nicht nur zum Klimaschutz und zum Erhalt der Artenvielfalt beitragen können, sondern auch zur Bekämpfung von Armut und Marginalisierung und damit zur strukturellen Entwicklung ländlicher Regionen (Costenbader 2011; UN-REDD 2011). Darüber ist inzwischen allerdings eine heftige Debatte entbrannt, wobei sich insbesondere in vielen Ländern des Südens Allianzen gegen REDD+ gebildet haben. Vor allem soziale Bewegungen üben scharfe Kritik an dem Mechanismus als ein weiterer Schritt der kapitalistischen Inwertsetzung globaler öffentlicher Güter über die Einbeziehung von 'Ökosystemdienstleistungen' in marktförmige Funktionslogiken und die vielerorts übliche Missachtung indigener Rechte in diesem Kontext (Fatheuer 2010). Aus einer kritischen Perspektive lässt sich REDD+ also als eine Strategie kapitalistischer Inwertsetzung von Natur interpretieren, die unmittelbar verändernden Einfluss hat auf die Bereitstellung und den Zugang zu der Ressource Natur (Brand/Görg 2003; Köhler 2005; Seiwald/Zeller 2011). Sie ist verbunden mit der Durchsetzung neuer Rechts- und Eigentumsverhältnisse sowie der Regulierung von Verteilungskonflikten (Görg/Brand 2001; Köhler 2005). Tatsächlich sind in zahlreichen Ländern, die gegenwärtig REDD+ umsetzen wollen, Konflikte

um Landrechte, Vertreibungen und der Ausschluss aus politischen Planungsverfahren an der Tagesordnung. In zahlreichen Fällen setzen korrupte Regierungen oder profitorientierte Unternehmen ihre wirtschaftspolitischen Interessen durch, nicht selten zu Lasten marginalisierter, kleinbäuerlicher Bevölkerungsgruppen und ihrer Rechte (Fritz 2009; Seiwald/Zeller 2011; LA Nachrichten 2011; Robin Wood 2011; Fadnes 2011).

Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die bisherigen Erfahrungen mit dem REDD+ Prozess, stellt sich die Frage, inwieweit der Mechanismus REDD+ etwa von Regierungen als Strategie zur Durchsetzung spezifischer sozioökonomischer Interessen und zur Aufrechterhaltung sozialer Ungleichheiten und politischer Machtverhältnisse dient oder genutzt werden kann (Kosoy/Cobera 2010; Cobera e.a. 2007). Dieser Frage wird in dem vorliegenden Beitrag nachgegangen. Im Anschluss an Ansätze der politischen Ökologie wird angenommen, dass Umwelt- und Ressourcenkonflikte stets politisierte und Machtverhältnissen geprägte Phänomene sind (Blaikie/Bryant 1997). Mit dem Begriff der sozialen Ungleichheit werden dabei strukturelle Asymmetrien im Zugang zu natürlichen Ressourcen, sozialen Positionen oder politischen Entscheidungsprozessen gefasst. Es wird davon ausgegangen, dass die Möglichkeit die eigenen Interessen durchzusetzen und Zugang zu relevanten (natürlichen) Ressourcen zu erlangen, eng verknüpft ist mit der sozialen und politischen Position der Akteure und auf diese Weise in gesellschaftliche Machtbeziehungen eingebettet ist (Barlösius 2004; Kreckel 2004).

Die vorliegende Fallstudie konzentriert sich auf die Region Chiapas in Mexiko und basiert auf empirischen Befunden einer Forschungsreise im Oktober 2011. Der Fokus liegt auf der Bedeutung historischer und politischer Kontextbedingungen der Regulierung von Landnutzungsrechten für die Umsetzung von REDD+. Die Analyse geht über die übliche Beschreibung sozialer Auswirkungen oder politischer Steuerungsfragen im Kontext von REDD+ hinaus (etwa: Fatheuer 2010; Erler 2011). Sie fragt vielmehr nach der weiterreichenden Bedeutung dieses neuen Instruments für soziale Ungleichheiten und zugrunde liegenden politischen Machtverhältnisse, nach neu entstehenden Institutionen und Strategien und wer von ihnen profitiert.

Im Folgenden werden die Entwicklung und die Ziele des transnationalen

REDD+ Programms sowie dessen Entwicklung und Vorbereitung in Mexiko dargestellt. Anschließend wird auf einige zentrale Konfliktlinien in der Nutzung und Regulierung von Land in der Region des Lakandon-Urwaldes in Chiapas eingegangen, die von zentraler Bedeutung sind und ohne die die Problematik zukünftiger REDD+ Projekte nicht nachzuvollziehen ist.

## 2. Entwicklung und Ziele des transnationalen REDD+ Programms

Die Grundsteinlegung von REDD erfolgte 2005 auf der Klimakonferenz in Montreal, aber erst 2007 mit dem Bali-Aktionsplan wurde das Thema klimapolitisch zum Leben erweckt. Der Widerstand war anfänglich groß, die Zahlungsbereitschaft auf Seite der großen Emittenten gering und Umweltverbände kritisierten, REDD würde vor allem diejenigen begünstigen, die Wald zerstören, indem sie finanziell dafür belohnt würden die Abholzung zu unterlassen. Seit der Gründung des Programms UN-REDD+ durch die UN-Organisationen für Entwicklung, Umwelt und Ernährung bzw. Landwirtschaft (UNDP, UNEP und FAO) 2008, steht den teilnehmenden Ländern<sup>2</sup> die Expertise dieser Institutionen zur Verfügung, um nationale Strategien und Mechanismen für die Umsetzung von REDD+ zu entwickeln und aufzubauen (UN REDD 2008 & 2011). In Kopenhagen 2009 wurde REDD mit dem '+' um die nachhaltige Nutzung samt traditioneller Waldnutzungsgruppen und ihrer Bewirtschaftungspraktiken ergänzt. In Cancún 2010 wurden einige Fortschritte gemacht auch hinsichtlich der Präzisierung von Sicherheitsbestimmungen (safeguards)(Fritz 2009; UNFCCC 2011).

Die Umsetzung von REDD+ soll in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen erfolgen: erstens der Entwurf nationaler Strategien und der Aufbau von Kapazitäten und Institutionen für Monitoring und Verifizierung, zweitens die Implementation von Demonstrationsaktivitäten und schließlich die Ein-

---

2 In Afrika: Demokratische Republik Kongo, Tansania und Sambia, in Asien und Pazifik: Indonesia, Papua Neu Guinea und Vietnam, in Lateinamerika und der Karibik: Bolivien, Panama und Paraguay.

Mit Kambodscha, Ecuador, Nigeria, den Philippinen und den Salomon Inseln erhalten 5 weitere Länder finanzielle Unterstützung für Entwicklung und Aufbau von Implementationsstrategien und Institutionen. Einige weitere Länder - darunter auch Mexiko - sind offiziell Partnerländer, die von der institutionellen Infrastruktur profitieren (UN-REDD 2011).

bindung in einen internationalen Mechanismus. Gegenwärtig finanzieren vor allem schon die europäischen Länder Norwegen, Dänemark und Spanien verschiedene Demonstrations-Aktivitäten für das UN-REDD+ Programm. Parallel dazu werden einzelne Länder in vergleichbaren Projekten von bi- und multilateralen Finanzierungsfond dabei unterstützt institutionelle Strukturen für die Umsetzung des REDD+ Mechanismus aufzubauen (UN REDD 2011). REDD+ ist also bereits Realität in zahlreichen Ländern - obwohl die genaue Ausgestaltung des Instruments noch ungeklärt ist.

### 3. REDD+ als Instrument für Klimaschutz und Armutsbekämpfung?

REDD+ ist sowohl eine Antwort auf die anhaltenden und mitunter sogar steigenden CO<sub>2</sub>-Emissionen der Industrie- und Schwellenländer als auch auf die fortschreitende Abholzung der Wälder in zahlreichen Regionen der Erde. Neben der Energieerzeugung, der industriellen Produktion und der Landwirtschaft, stellen die Prozesse der Entwaldung und Walddegradierung durch Abholzung, Infrastrukturentwicklung, Umwandlung von Flächen für die landwirtschaftliche Nutzung durch Brandrodung mit 17-20% eine wesentliche Quelle der globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen dar. Damit leisten sie einen erheblichen Beitrag zum anthropogenen Klimawandel und ihre Reduktion bietet großes Potential für den Klimaschutz (FAO 2011; IPCC 2007; UN REDD 2011).

Die hohen Entwaldungsraten stellen ein enormes Problem dar, sowohl als Ursache für den Klimawandel von dem die Länder selber betroffen sind, als auch für den Erhalt der Biodiversität und die Lebensgrundlagen lokaler Bevölkerungsgruppen. Der Erhalt von Wäldern bedeutet nicht nur die Prävention von Bodendegradation, den Erhalt der Artenvielfalt und die Schonung von Wasserreserven sondern bietet auch Schutz vor Trockenheit oder vor Überschwemmungen und Schlammlawinen infolge von Starkregenphänomenen. Der Erhalt und die nachhaltige Nutzung der Wälder ist also vielerorts eine präventive Anpassungsmaßnahme an ein sich wandelndes Klima. Die Nutzung und Vermarktung von Waldprodukten bilden zudem die Lebensgrundlage für zahlreiche Menschen, insbesondere für viele indigene Bevölkerungsgruppen. Neben dem Klimaschutz wird REDD+ des-

halb auch eine armutsreduzierende Wirkung zugeschrieben (Germanwatch 2011a; FAO 2011; Locatelli 2011). REDD+ BefürworterInnen argumentieren, dass sich ein direkter sozio-ökonomischer Nutzen für die lokalen BewohnerInnen ergeben kann, wenn Gelder für den Erhalt und die Fortsetzung dieser traditionellen und mitunter nachhaltigen Bewirtschaftungspraktiken gezahlt werden, entweder in Form additiver Zahlungen zum herkömmlichen Einkommen oder etwa durch Einnahmen aus ökotouristischen Projekten. Vor diesem Hintergrund gilt REDD+ vielen nicht nur als Instrument des Klimaschutzes, sondern verspricht darüber hinaus eine armutsreduzierende Entwicklung sowie den Aufbau von institutionellen Kapazitäten und die individuellen Fähigkeiten der BewohnerInnen im Umgang mit den Folgen des Klimawandels zu unterstützen (CONAFOR 2010; Erler 2010; Locatelli 2011; UN REDD 2011).

### 3.1 Noch viele Fragezeichen

Zu den zentralen, auch nach der letzten Klimakonferenz in Durban 2011, noch ungeklärten Fragen von REDD+, gehören die Modalitäten der Finanzierung. Offen ist nach wie vor, ob Projekte über von Regierungen kontrollierte Fonds oder über Erlöse aus dem Emissionshandel finanziert werden sollen. Die Debatte um Markt versus Staat berührt auch die Frage, ob REDD+ in den internationalen CO<sub>2</sub>-Emissionshandel einbezogen werden soll. KritikerInnen dieser Idee befürchten, dass dann der CO<sub>2</sub>-Markt mit Waldzertifikaten überschwemmt und damit deren Wert erheblich reduziert würde. Industrieländer dürften sich nicht durch den Handel mit waldbezogenen Zertifikaten von ihren Verpflichtungen zur Einsparung von Emissionen im Energiesektor freikaufen können. Weiterhin braucht es Standards für ein einheitliches System für Monitoring und Verifizierung sowie Schutzbestimmungen für Menschenrechte und Biodiversität samt einer nachhaltigen Definition von Wald (Forum U&E 2010; Germanwatch 2011). Unabhängig von der Art der Finanzierung gilt als eine Voraussetzung für den Zugriff auf internationale Gelder ein zuverlässiges Monitoring und Verifizierung System, das verschiedene Funktionen erfüllt: die Berechnung des Potentials der Wälder in ihrer Funktion als CO<sub>2</sub>-Senken, eine verlässliche Garantie für die Zusätzlichkeit der Projekte (additional-

ty), Kriterien für die Vermeidung von Ausweicheffekten durch die räumlich verlagerte Abholzung (leakage) sowie der dauerhafte Schutz der Flächen andererseits (permanence) (Forum U&E 2010; Fritz 2009). Eine weitere zentrale Frage, die das Klimaschutzpotential des Mechanismus wesentlich bestimmt, ist die Definition von *Wald*. Die 2001 in Marrakesch beschlossene und bis heute als Referenz gültige Definition reduziert Wälder auf ihre Funktion als CO<sub>2</sub>-Senke und differenziert nicht die verschiedenen Nutzungs- oder Zustandsformen von Wäldern. Als Wald gelten alle Flächen, die mindestens 0,5 ha groß und mit 10-30% Pflanzen bedeckt sind, die eine Höhe von 2-5 m erreichen müssen (UNFCCC 2005). Diese Minimaldefinition schließt grundsätzlich auch Plantagenwälder und Monokulturen von Ölpalmen oder Eukalyptus mit ein. Zwar wird über die Sicherheitsbestimmungen die Umwandlung von Primärwald in monokulturelle Plantagen im Rahmen von REDD+ Projekten ausgeschlossen. Trotzdem befürchten KritikerInnen, dass sich durch vereinzelte Schlupflöcher der Druck auf wertvolle biodiversitätsreiche Wälder erhöhen könnte oder beispielsweise die lukrative Plantagenwirtschaft auf vormals degradierten Flächen quasi subventioniert würde (Fritz 2009; Forum U&E 2010).

Darüber hinaus stellt sich im Kontext der konkreten Umsetzung vielerorts die Frage der ungeklärten Besitzverhältnisse für die Territorien. In vielen Ländern verfügen die Subsistenzbauern und -bäuerinnen oder HirtInnen oft nicht über offizielle Besitztitel für Land, sondern bewirtschaften es nach traditionellen Nutzungs- oder Besitzübereinkünften. Regierungen oder Unternehmen erkennen die traditionellen Landrechte häufig nicht an und haben leichtes Spiel in der gewaltsamen Vertreibung und Enteignung der lokalen Bevölkerung (Dietz/Engels 2011; Fritz 2009; OXFAM 2011). Hier soll das Prinzip des freien und vorausgehenden informierten Konsenses (FPIC) die Rechte der indigenen Bevölkerung und anderer traditioneller NutzerInnen in der Planung von Großprojekten schützen. Über die Konvention 169 der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zum Schutz der Rechte indigener Völker hat dieses Prinzip den Status des internationalen Völkerrechts erlangt und ist formal für alle Unterzeichnerstaaten bindend. Auch das UN-REDD+ Programm verweist auf das FPIC-Prinzip (UN REDD 2011; Daviet 2011; UNFCCC 2011). Wie die Einbeziehung und Partizipation der lokalen Bevölkerung gemäß dem FPIC systematisch in

dem internationalen Programm garantiert werden kann, um die Missachtung der Rechte indigener Völker sowie anderer traditioneller NutzerInnengruppen im Rahmen von REDD+ Projekten zu verhindern, ist weiterhin unklar.

#### 4. Mexikos Rennen um REDD+

Auf dem Klimagipfel in Cancún 2010 präsentierte die mexikanische Regierung ihre Vision von REDD+ (CONAFOR 2010) als ersten Schritt auf dem Weg zu einer zukünftigen nationalen REDD+ Strategie. In der gegenwärtigen Phase sollen Erfahrungen über die technischen und administrativen Herausforderungen gesammelt werden. REDD+ gilt zwar als klimapolitischer Erfolg, steht als konkretes Instrument aber erst noch am Anfang. In Mexiko gibt es bislang nur wenig offizielle und durch die Nationalregierung initiierte REDD+ Demonstrationsaktivitäten (CONAFOR 2011; Interview mit Vertreter von CCMSS). Allerdings blickt Mexiko auf weitreichende Erfahrungen in gemeinschaftlich organisierter Waldbewirtschaftung zurück (CCMSS 2010; Locatelli 2011) und es existieren verschiedene nationale Projekte, auf Basis so genannter Ökosystemdienstleistungszahlungen, die einer vergleichbaren Funktionslogik folgen wie REDD+ (Corbera 2007; Cronkleton 2011; Ibarra 2011).

In einem Land wie Mexiko, wo etwa 70% des Waldes im Besitz von Privatpersonen, Dörfern und Gemeinden ist, erfordert die Umsetzung von derartigen Projekten die intensive Zusammenarbeit mit den WaldbesitzerInnen (CONAFOR 2010; CCMSS 2010). Dafür und für die Einbindung verschiedener anderer Akteure in den REDD+ Prozess gibt es das technische Beratungsgremium (Comité Técnico Consultivo REDD+). In diesem Gremium sind sowohl VertreterInnen wissenschaftlicher Institutionen, der Zivilgesellschaft, indigener Gemeinden als auch Funktionäre der lokalen und regionalen Regierungsbehörden und der Privatwirtschaft vertreten. Das Gremium versteht sich als offenes Beratungsorgan für die eigentliche REDD+-Arbeitsgruppe (Grupo de Trabajo REDD+), die die wesentliche Umsetzung koordiniert (CONAFOR 2010).

## 4.1 Chiapas - Kristallisationspunkt multipler Ungleichheiten

Im weiteren Verlauf wird nun der Blick auf den Bundesstaat Chiapas im Südosten Mexikos gerichtet, wo der gegenwärtige Gouverneur Juan Sabines sich zum Ziel gesetzt hat, REDD+ aktiv voran zu treiben.

Die Konfliktlinien in Chiapas zeigen, dass bei den hier entstehenden Konflikten vor allem auch Auseinandersetzungen der lokalen Akteure untereinander eine Rolle spielen. Diese Machtkämpfe haben ihre Wurzeln in dem Versuch der Demarkation des Lakandon-Waldes in den 1970er Jahren. Sie sind das Resultat sich überlagernder, historisch gewachsener und politisch geschürter Auseinandersetzungen und von zentraler Bedeutung für die Umsetzung von REDD+ (Ribeiro 2011b).

Chiapas ist einer der reichsten Bundesstaaten Mexikos hinsichtlich natürlicher Ressourcen wie Biodiversität, Wasservorkommen, Erdöl und Erdgas. Und trotzdem gehört Chiapas zu den ärmsten und marginalisiertesten Regionen des Landes. Der Bundesstaat weist außerdem mit den höchsten Anteil indigener Bevölkerung auf, von der ein Großteil in ländlichen Regionen von der Subsistenzwirtschaft lebt (CONEVAL 2005; PACCCH 2009; PNUD 2010). Zugang zu Land und deren Nutzung spielt hier wie in vielen anderen Regionen der Welt eine essentielle Rolle für die ländliche Bevölkerung.

Eine der zentralen sozialen Ungleichheiten in Chiapas ist seit der Kolonialzeit die enorme Landkonzentration in Form von Großgrundbesitz. Die agrarreformerischen Bemühungen, mit der Vergabe von traditionellem Gemeindeland (ejido), die im Zuge der mexikanischen Revolution (1910-1920) eingeleitet wurden, haben in Chiapas nicht zu einer strukturellen und nachhaltigen Umverteilung geführt (Dunn 2000; Jenss 2011). In den 1970er Jahren startete die Regierung zudem eine selektive Vergabe von Landtitel in der Region des Lakandon-Waldes. Per Regierungsdekret wurde einigen wenigen Familien der Lakandon-Indigenen Landtitel übertragen. Auf diese Weise erhielten etwa 6% der dortigen Bevölkerung die Landrechte über 600.000 ha Wald - ein Gebiet auf dem verschiedene andere BewohnerInnen der Totziles, Tzeltales oder Choles zu dem Zeitpunkt bereits über legalisierte Besitzverhältnisse verfügten (De Vos 1992; Trench

2005). Für die Zusicherung von Landrechten versprochen die Lakandonen der Regierung im Gegenzug ihre Zustimmung zum kontrollierten Holzeinschlag durch transnationale Konzerne (O'Brien 1998; Bray & Klepeis 2005). Der Druck durch die wachsende Kolonisierung sowie die holzindustrielle Ausbeutung des bislang unzugänglichen Waldes führte seitdem zu einer fortschreitenden Zerstörung des Lakandon-Regenwaldes. Als Reaktion darauf veranlasste die Regierung 1978 die Ausweisung des Naturschutzreservats Montes Azules, das einen Großteil des Lakandon-Waldes umfasst. Seitdem haben zahlreiche ursprüngliche BewohnerInnen der Region nun abgesehen von fehlenden Landtiteln auch noch einen illegalen Aufenthaltsstatus (BASTA 2002; Jan de Vos 1992). Damit waren Spannungen nicht nur mit der Regierung sondern auch zwischen den Gemeinden vorprogrammiert.

In den 1990er Jahren wurde zudem der neoliberale Wandel wirtschaftspolitisch in Mexiko verstärkt vorangetrieben. Exemplarisch dafür ist die Reform des Artikels 27 der revolutionären Verfassung, der ehemals unverkäufliches ejido-Gemeindeland der Privatisierung zugänglich machte und damit das Inkrafttreten der nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) vorbereitete. Das öffnete auch der *Grünen Revolution* Tür und Tor, die mit ihrer modernisierungstheoretischen Ausrichtung auf die exportorientierte industrielle Landwirtschaft die marginalisierte kleinbäuerliche Landwirtschaft noch stärker unter Druck setzte (Jenss 2011). Das Inkrafttreten der NAFTA 1994 löste den Aufstand der zapatistischen Befreiungsarmee (EZLN) aus, deren Kerninhalte bis heute die Forderungen nach politischer Selbstbestimmung und kultureller Diversität sowie der Widerstand gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik sind. Seitdem kontrolliert und regiert die zapatistische Bewegung in Chiapas einige Gebiete (Brand/Cecena 1999).

Die Lakandon-Gemeinden, die seit den 1970er Jahren die Landtitel besitzen, erhielten für ihre Kooperation mit der Regierung Privilegien, wie etwa die lukrative Verwaltung indigener touristischer Sehenswürdigkeiten; der zapatistischen Bewegung gegenüber sind sie kritisch eingestellt (Ribeiro 2011a&b; Trench 2005). Wegen ihrer Nähe zu den Regierungsparteien und ihrer zuverlässigen Kooperation mit den Behörden in zahlreichen Entwicklungs- und Schutzprojekten, werden sie immer wieder als Handlanger der Regierungsinteressen kritisiert. In der als Schutzgebiet ausgewiesenen La-

kandon-Region gab es trotzdem immer wieder Pläne für energetische, extraktivistische oder infrastrukturelle Entwicklungsprojekte. Prominente Beispiele sind das Bioprospektions-Projekt ICBG-Maya (Brand/Görg 2003), das Projekt PRODESIS (Zanchetta 2005), der Plan Puebla Panama (Castro Soto 2001) oder der Mexiko–Mesoamerikanische Korridor (Lopez Ramírez 2005). Diese Projekte erfuhren massive Kritik für ihr geostrategisches und sozioökonomisches Interesse an den natürlichen Ressourcen der Region und der Missachtung und Verschärfung sozialer und politischer Ungleichheiten und Konflikte sowie ökologisch desaströser Folgen unter dem Deckmantel der Armutsbekämpfung und der nachhaltigen Entwicklung (Brand/Görg 2003; Trecziak 2007). Zapatistische Gemeinden, die sich derartigen Projekten häufig widersetzen, wurden immer wieder gewaltsam attackiert. An verschiedenen bewaffneten Vertreibungsversuchen und Übergriffen auf zapatistische Dörfer waren neben PolizistInnen und Militärs auch ZivilistInnen aus benachbarten Lakandon-Dörfern beteiligt (Fray Bartolomé 2007; SIEPAZ o.J.).

#### 4.2 REDD+ in Chiapas - Verschärfung sozialer und politischer Ungleichheiten?

Die Entwicklung in Chiapas zeigt, wie dort in der Vergangenheit durch Entwicklungs- und Schutzprojekte immer wieder versucht wurde, politische oder spezifische sozioökonomische Interessen durchzusetzen. Dabei lassen sich diese Projekte und in Zukunft auch REDD+ kaum losgelöst von Machtkämpfen und lokalen Auseinandersetzungen in der Landfrage betrachten.

Die Regionalregierung von Chiapas ist sehr ambitioniert den REDD+ Prozess in Chiapas voranzutreiben (Jornada 2011c; PACCCH 2009). Dafür unterzeichnete Gouverneur Sabines mit den Regionalregierungen in Kalifornien/USA und Acre/Brasilien 2010 ein Abkommen über die Schaffung eines gemeinsamen CO<sub>2</sub>-Zertifikate-Markt, der auch den zukünftigen Handel mit REDD+ Zertifikaten vorbereiten soll (La Jornada 2011b). Auch in ihrer regionalen Klimastrategie sowie im regionalen Gesetz für Klimaschutz und Anpassung (PACCCH 2009; Gobierno de Chiapas 2010) setzt sie deutlich auf REDD+ als regionale Antwortmaßnahme auf den Klima-

wandel. Die Erfahrungen aus Projekten über Zahlungen für Ökosystemdienstleistungen sollen für REDD+ genutzt werden.

2011 wurde equivalent zur nationalen Struktur das CTC REDD+ Chiapas gegründet (PACCCH 2009). Seine Aufgabe ist es die chiapanekische Klimakommission zu beraten, die auf subnationaler Ebene als zentrale Institution für Klimapolitik auch für die Umsetzung von REDD+ verantwortlich ist. Neben den Organen der nationalen und regionalen Regierungsbehörden (Waldbehörde CONAFOR) sind hier auch große zivilgesellschaftliche Organisationen (Conservation International oder PRONATURA), Wissenschaftsinstitute (ECOSUR) und transnationale Finanzinstitutionen (Globaler Umweltfond, GEF) aktiv und treiben die Weiterentwicklung und Umsetzung der nationalen REDD+ Strategie in Mexiko voran (CONAFOR 2010; PACCCH 2009).

Bei den in diesen Zusammenhängen immer wieder als REDD+-Projekte titulierten Aktivitäten in Chiapas handelt es sich bisher allerdings um monatliche Zahlungen aus dem öffentlichen Haushalt, die einige Lakandon-Gemeinden für den Erhalt und Schutz ihrer Wälder erhalten (La Jornada 2011a). Diese Projekte haben gegenwärtig mit den internationalen REDD+ Programm noch wenig zu tun, sollen dieses jedoch dort vorbereiten. Sabines verspricht den chiapanekischen Gemeinden für die Zukunft große Entwicklungspotentiale durch REDD+. Er knüpft dies an seine Vision eines 'produktiven Strukturwandels' der Region durch den verstärkten Ausbau von Energiepflanzen und die Produktion von Bioenergie (Gobierno de Chiapas 2011b). Der weitere Ausbau von Ölpalmen und Ökotourismus-Projekten soll den Kleinbauern und -bäuerinnen zusätzliches Einkommen durch den Schutz von Wäldern und eine langfristigen Verbesserung der Lebensbedingungen sichern (Gobierno de Chiapas 2011a; La Jornada 2011a; Interview mit einem Vertreter der Nichtregierungsorganisation Otros Mundos). Sabines möchte den mexikanischen Bundesstaat in den nächsten Jahren zu einem großen Agrosprit-Produzenten machen. Die Ausweitung der Palmölproduktion für den Export ist auch ein erklärtes Ziel der mexikanischen Regierung, die sich durch die gegenwärtig steigenden Weltmarktpreise für Agrarpflanzen einen lukrativen Absatzmarkt erhofft. Im nationalen Rahmenplan zur Förderung des Palmölanbaus werden ehrgeizige Ziele definiert für Chiapas, den Produzenten Nr. 1 in Mexiko, den

die Bundesregierung mit kräftigen Subventionszahlungen unterstützt (Castro Soto 2009). Die sozialen und ökologischen Folgen des Palmölbooms sind jedoch vielerorts verheerend: kleinbäuerliche Familien geraten häufig in neue existenzbedrohende Abhängigkeiten von Großproduzenten. Zudem gefährden sie ihre Nahrungsmittelsouveränität durch den Anbau von Ölpalmen anstelle von essbarem Mais oder Bohnen. Die Kosten für den Kunstdüngerbedarf und Pestizid-Einsatz sowie für Transport und Weiterverarbeitung für die KleinbäuerInnen sind enorm. Andererseits vernichtet die Umwandlung von Primärwäldern in monokulturelle Plantagen die Biodiversität, degradiert der erhöhte Düngereinsatz die Böden, verseuchen die enormen Pestizidmengen die Wasservorkommen (Huck 2011; Robin Wood 2011; Castro Soto 2009).

Auch in Hinblick auf Klimaschutz weist die Umwandlung von Energiepflanzen in Agrarkraftstoffe eine extrem negative CO<sub>2</sub>-Bilanz auf (WBGU 2008). KritikerInnen befürchten nun, dass durch REDD+ der monokulturelle Anbau von solchen Energiepflanzen wie Ölpalmen oder anderen Monokulturen zunehmen wird, wenn nicht sicher gestellt wird, dass Plantagenwälder für die Zukunft grundsätzlich von der Walddefinition für REDD+ ausgeschlossen werden (Castro Soto 2009; Fadnes 2011).

Umweltschützer und Indigenen-Organisationen sehen diese Entwicklungen äußerst kritisch: „Regierung und Investoren haben es auf das Land, die Berge, Wälder, Flüsse und Quellen der indigenen und bäuerlichen Gemeinden, den ejidos, abgesehen“ sagt Miguel Angel, von der Organisation Maderas del Pueblo del Sureste (Rodriguez 2009). Für die illegalisierten BewohnerInnen der betroffenen Gebiete ist da kaum noch Platz, sie sollen zum Teil von ihrem Land und aus den Regenwaldgebieten vertrieben werden und in am Reißbrett entworfenen Modell-Städten umgesiedelt werden (Zunino/Pickard 2008).

Die Praktiken der Regierung in diesem Zusammenhang sind zweifelhaft und verfolgen partikuläre ökonomische Interessen. In vielen Gemeinden in der Region fehle es an sozialen Grundgütern, wie einer ausreichenden Gesundheitsversorgung oder an Bildungseinrichtungen, so ein Vertreter der Nichtregierungsorganisation Otros Mundos im Interview. Die Erfahrungen der Gemeinde lassen erahnen, dass sich die Regierung dessen durchaus bewusst ist, wenn sie die Erfüllung sozialer Grundrechte an politische Pro-

jekte knüpft. Die Organisation hat sich in den Recherchen über REDD+ in Chiapas mit BewohnerInnen von Amador Hernández, einem Dorf im Herzen des Reservats von Montes Azules, getroffen. Dort startete im Jahr 2007 ein Vorzeigeprojekt der mexikanischen Regierung. Es wurde die Infrastruktur für eine Gesundheitsversorgung aufgebaut, die medizinisches Personal, Apotheken und Flugtransporte für Notfälle beinhaltete. BewohnerInnen berichten, dass das Projekt scheiterte, als die Regierung die Gehälter für das Personal nicht mehr bezahlte. Dies stand in unmittelbarem Zusammenhang mit der Weigerung der BewohnerInnen in anderen Projekten der Behörden zu kooperieren, indem sie ihr Land registrieren. Verschiedene Programme verlangten von den Bauern und Bäuerinnen die Registrierung ihres Landes, sie sollten Ölpalmen und andere Pflanzen kultivieren, die sie nach eigenen Angaben noch nie gesehen hatten. Unter den BewohnerInnen kam schnell der Verdacht auf, dass es der Regierung eigentlich um Land geht (Castro Soto 2011; Conant 2011). Vor dem Hintergrund dieser beschriebenen Konflikte in der Region ist die Umsetzung von REDD+ dort höchst problematisch und läuft Gefahr bestehende Konfliktlinien zu verschärfen.

Neben den im Rahmen der internationalen Klimakonferenzen verhandelten Richtlinien zur Erarbeitung einer nationalen REDD+-Strategie und dem mexikanischen Strategiepapier zu REDD+ (CONAFOR 2010) verpflichtet jedoch auch die von Mexiko unterschriebene Konvention 169 die Regierung zu partizipativen Verfahren und zur aktiven Einbeziehung lokaler Bevölkerungsgruppen in allen Projekten, die indigene Territorien berühren (UNFCCC 2010). Aber Anspruch und Realität klaffen hier weit auseinander. Die Recherchen in Chiapas ergaben, dass viele Menschen in den Dörfern und die Verwalter der ejidos im Vorfeld oft gar nichts von REDD+ und vergleichbaren Projekten wissen (Cobera e.a. 2007). Ganz bewusst werden sie sogar vor vollendete Tatsachen gestellt und erst hinterher über ihre Präferenzen befragt. Auf diese Weise werde REDD+ weder seinem Anspruch gerecht, die lokale Bevölkerung miteinzubeziehen, noch eine Identifikation mit den Projekten und die Ausbildung von Kapazitäten der BewohnerInnen zu erreichen (Fritz 2009; Interview mit einem Mitarbeiter der Heinrich-Böll-Stiftung Mexiko 2011). Zudem sind viele indigene Gemeinschaften aufgrund ihres fehlenden Zugangs zu Informationen oder

aufgrund sprachlicher Barrieren gar nicht in der Lage die komplizierten Verträge mit ihren Fallstricken zu verstehen, sich einzubringen oder gegen einzelne Projekte vorzugehen. In Mexiko gibt es bis dato außerhalb des CTC keinen Mechanismus zur systematischen Einbeziehung der BewohnerInnen und ihrer Interessen. Das CTC wiederum ist nicht als Repräsentationsgremium gedacht, in dem sämtliche InteressenvertreterInnen ihre Ansprüche einbringen können (Interview mit Vertreter des CCMSS). Die Teilnahme ist außerdem reguliert durch informelle Ausschlussmechanismen; so sind die inhaltlichen Diskussionen geprägt von technischen Aspekten, für deren Verständnis ein hoher professioneller Sachverstand nötig ist. Zudem erfordert es einen enormen zeitlichen Aufwand sich einzuarbeiten und dann den regelmäßigen Treffen beizuwohnen, während derer unter Umständen wichtige Entscheidungen getroffen werden. Daher sind es insbesondere organisierte ressourcenstarke Akteure wie die großen Naturschutzorganisationen, die im CTC partizipieren (Interview mit Vertreter von PRONATURA).

Der REDD+ begleitende formale Partizipationsprozess zeigt, wie ungleich die verschiedenen Interessen in der Aushandlung und Umsetzung repräsentiert sind und dass die zahlreichen Stakeholder-Workshops kaum Dialoge oder Suchprozesse mit offenen Ende sind, in denen Interessenpluralität tatsächlich berücksichtigt wird. Vielmehr sind es Durchsetzungsprozesse in top down-Logik, die über rein formale Partizipationsmechanismen legitimiert werden und die die realen Einflussmöglichkeiten für lokale Gemeinschaften und KleinbäuerInnen begrenzen.

## 5. Schlussfolgerungen

REDD+ ermöglicht den großen CO<sub>2</sub>-Emittenten ein *business as usual* und impliziert weder bindende Verpflichtungen noch effektive Anreize für strukturelle Veränderungen hin zu emissionsärmeren Entwicklungspfaden. Mit Blick auf globale Produktions-, Ernährungs- und Konsummuster trägt REDD+ strukturell nicht zur Problemlösung bei. Im Gegenteil: Die Strukturen globaler Klima-Ungerechtigkeit bleiben mit REDD+ bestehen (Brunnengräber/Dietz 2007). Die wesentlichen Treiber von Entwaldung liegen außerhalb der Reichweite von REDD+. Die Nachfrage nach Tropenholz

oder Agrarprodukten, vor allem Fleisch und Biokraftstoffe, bleiben von REDD+ unberührt und müssen auf anderen Ebenen und vor allem andernorts bearbeitet ursächlich werden, nämlich in den Ländern, in denen sie nachgefragt werden (Germanwatch 2011a).

Das Beispiel von Chiapas in Mexiko zeigt, wie REDD+ von der Regionalregierung für die Durchsetzung strategischer politischer und sozioökonomischer Interessen genutzt werden kann und damit die Verschärfung sozialer Ungleichheiten sowie gewalttätiger Konflikte riskiert.

Die Ausweitung des Klimaschutzes auf die Ressourcen Wald und Land durch REDD+ und die „historische Verfasstheit von Landfragen“ (Dietz/Engels 2011: 401) in Chiapas können nicht isoliert voneinander betrachtet werden. Landbesitzverhältnisse und Landnutzungsformen sind eng verwoben mit Fragen von politischer Macht und sozialen Ungleichheiten. Die Landvergabepolitik der 1970er Jahre in Chiapas hat zu einer bis heute andauernden Spaltung der Gemeinden im lakandonischen Regenwald geführt. Die selektive Bündnispolitik der Regierungen mit den Lakandonen hat in vielen Fällen die konfliktive Durchsetzung von Entwicklungs- oder Naturschutzprojekte ermöglicht. Vor allem Montes Azules ist nach wie vor ein konstanter Brennpunkt und eine Konfliktquelle wenn es um die Durchsetzung von Entwicklungs- oder Naturschutzprojekten geht. Seit der zapatistischen Erhebung sind militärische Präsenz, gewaltsame Übergriffe, Ausweisung und Vertreibung eine traurige Tradition in der Region.

REDD+ wirkt vor diesem Hintergrund wie eine Neuauflage bekannter Strategien – der Demarkierung, Überwachung und Vertreibung von unbequemen Gemeinden und Dörfern zum Zweck der Durchsetzung spezifischer ökonomischer und politischer Interessen und Projekte, von denen sich die Regierung lukrative Gewinne erhofft (Castro Soto 2009; Ribeiro 2011a&b).

Aus dieser Perspektive wird der Mechanismus zu einer Strategie kapitalistischer Inwertsetzung von Natur, die direkte Auswirkungen darauf hat, wer Zugang zu und Kontrolle über die Ressourcen Wald und Land besitzt und wer gleichzeitig ausgeschlossen wird (Köhler 2005). Die engagierte Initiative der mexikanischen Regierungen für REDD+ und die Pläne der Regionalregierung von Chiapas könnten als erneuter Versuch interpretiert werden, die Region wirtschaftlich und politisch unter Kontrolle zu bringen, um

ein investitionsfreundliches Klima zu schaffen und den Reichtum an natürlichen Ressourcen in der Region besser ausbeuten zu können. Von diesen Regierungsplänen und Wirtschaftspraktiken scheinen nur bestimmte, nämlich kooperierende, Bevölkerungsgruppen zu profitieren. Für die anderen widerständigen Gruppen wird dabei die Umsiedlung oder sogar Vertreibung als legitimes Mittel zur Durchsetzung der Projekte genutzt. REDD+ schafft über die Legitimation 'Klimaschutz/Waldschutz' für diese Praktiken einen neuen Referenzrahmen und läuft damit Gefahr mittels internationaler Gelder bestehende soziale Ungleichheiten aufrechtzuerhalten oder sogar zu verschärfen.

## 6. Literatur

**Gruppe BASTA (2002):** Monte Azules: Vertreibungen im Namen von Umweltschutz und internationaler Sicherheit? Info-Sammlung, Gruppe BASTA/Chiapas98.

**Barlösius, Eva (2004):** Kämpfe um Soziale Ungleichheiten, Wiesbaden.

**Bryant, Raymond L./Bailey, Sinead (1997):** Third World Political Ecology Routledge.

**Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2003):** Potsfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates, Münster.

**Brand, Ulrich/Cecena, Ana Esther (1999):** Reflexionen einer Rebellion. `Chiapas` und ein anderes Politikverständnis, Münster.

**Bray, David Barton/Klepeis, Peter (2005):** Deforestation, Forest Transitions, and Institutions for Sustainability in Southeastern Mexico, 1900–2000, in: Environment and History 11, S. 195–223.

**Brunnengräber, Achim/Dietz, Kristina (2007):** Klimagerechtigkeit, in: (Hrsg): Brand, Ulrich/Lösch, Bettina/Thimmel, Stefan: ABC der Alternativen, Hamburg.

**Castro Soto, Gustavo (2001):** Der Puebla-Panama Plan: Teil I&II, Boletines de CIEPAC, Nr. 233, CIEPAC.

**Castro Soto, Gustavo (2009):** Los monocultivos desastrosos. La Produc-

ción de palma de aceite in Chiapas; Otros Mundos Chiapas.

**Castro Soto, Gustavo (2011):** REDD – la codicia por los arboles. El caso de Chiapas. La selva lacandona al mejor postor, Film von Otros Mundos /Amigos de la Tierra México.

**CCMSS (2010):** El manejo forestal sostenible como estrategia de combate al cambio climático: Las comunidades nos muestran el camino, Consejo Civil Mexicano para la Silvicultura Sostenible / Rights & Resources, Monterrey.

**Corbera, Esteve/Brown, Katrina/Adger, W. Neil (2007):** The Equity and Legitimacy of Markets for Ecosystem Services, in: *Development and Change* 38(4), S. 587–613.

**Conant, Jeff (2011):** A Broken Bridge to the Jungle: The California-Chiapas Climate Agreement Opens Old Wounds; Report from the [Global Justice Ecology Project](#).

**CONAFOR (2010):** Visión de México sobre REDD+; Comisión Nacional Forestal/Gobierno Federal/SEMARNAT, México.

**CONAFOR (2011):** Acciones Tempranas REDD+ en México. Documento Borrador, Mexico.

**CONEVAL (2005):** Mapas de Pobreza y Rezago Social 2005.

**John Costenbader (2011):** REDD+ Benefit Sharing. A Comparative Assessment of Three National Policy Approaches, FCPF/UN REDD.

**Cronkleton, Peter/Bray, David Barton/Medina, Gabriel (2011):** Community Forest Management and the Emergence of Multi-Scale Governance Institutions: Lessons for REDD+ Development from Mexico, Brazil and Bolivia, in: *Forests* 2011/2, S. 451-473.

**Daviet, Florence/Mabel, Marian /Halverson, Elspeth (2011):** A draft framework for sharing approaches for better multi-stakeholder participation practices. UN-REDD+ Programme.

**Dunn, Malcolm H. (2000):** Privatization, Land Reform, and Property Rights: The Mexican

Experience, in: *Constitutional Political Economy* 11, S. 215–230.

**Engels, Bettina/Dietz, Kristina (2011):** *Land Grabbing* analysieren: Ansatzpunkte für eine politisch-ökologische Perspektive am Beispiel Äthiopiens, in: *Land – Konflikt, Politik, Profit. Peripherie, Zeitschrift für Politik*

und Ökonomie in der Dritten Welt Nr. 124, 31. Jahrgang, November 2011, S. 399-420.

**Erler, Daniela/Frank, Sina/Hein, Jonas-Ibrahim/Hotz, Hannes/Santa Cruz Melgarejo, Anna-Maria/Zelli, Fariborz (2011):** Inclusion social en el proceso REDD en el Peru – Una perspectiva de gobernanza en multiples niveles, Nota Tecnica 2, Proyecto de Conservacion de Bosques Comunitarios, Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Lima, Peru.

**Fadnes, Ingrid (2011):** El proyecto REDD+ en Chiapas. Derechos de los pueblos indigenas y sus condiciones en el programma REDD+ - El caso de Chiapas, México, Posgrado de Estudios de América Latina, UNAM.

**Fatheuer, Thomas (2010):** Dólares, esperanzas y controversias – REDD en la Amazonia. Una guía breve de un debate complejo, Heinrich-Böll-Stiftung.

**FAO (2011):** State of the World's Forests, Report Food and Agricultural Organization.

**Forum Umwelt & Entwicklung/Klimaallianz Deutschland (2011):** Klimawandel begrenzen – Biodiversität fördern – Menschenrechte schützen – Finanzierung gewährleisten. Positionspapier zu REDD+, Berlin;

**Forum Umwelt & Entwicklung (2010):** Waldschutz ist Klimaschutz - REDD-Info des Forum.

**Fray Bartolomé (2007):** Pressebulletin #09 vom Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de Las Casas, A.C. San Cristóbal de Las Casas, Chiapas; *San Cristóbal de Las Casas, Chiapas, 05. Juni 2007*; <http://www.chiapas.eu/news.php?id=2478>

**Fritz, Thomas (2009):** Landnahme im Treibhaus. Land und Wald auf den Kohlenstoffmärkten. Eine Publikation des Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika – FDCL e.V., Berlin.

**Germanwatch (2011): EIN UNZUREICHENDER DURCHBRUCH.** Bewertung des Klimagipfels von Durban; Positionspapier, Bonn/Berlin.

**Gobierno de Chiapas (2010):** Ley para la Adaptación y Mitigación ante el Cambio Climático en el Estado de Chiapas, Tuxtla Gutiérrez.

**Gobierno de Chiapas (2011a):** Boletín del Gobierno de Chiapas 4458.

**Gobierno de Chiapas (2011b):** Gobierno del Estado de Chiapas, Instituto de Reconversión Productiva y Bioenergéticos, DIAGNÓSTICO DE COMPETENCIAS.

**Görg, Christoph/Brand, Ulrich (2001):** Postfordistische Naturverhältnisse. NGO und Staat in der Biodiversitätspolitik, in: Brand, Ulrich/Demirovic, Alex/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (Hg.): Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 65-94.

**Gerber, Philipp (2010):** Von Entwicklung überschwemmt. Chiapas: Mit Retortenstädten sollen Leute „produktiv“ gemacht werden, in: ILA 33, März 2010.

**Huck, Alexandra (2011):** Rückkehr mit vielen Fragezeichen, in: Landhunger und satte Gewinne, Dossier Nr. 4 der Lateinamerika Nachrichten und FDCL, Berlin, S. 28-31.

**Ibarra, J.T./Barreau,A./ Del Campo, C/Camacho, C.I./Martin, G.J./McCandless, S. R. (2011):** When Formal and Market-Based Conservation Mechanisms Disrupt Food Sovereignty: Impacts of Community Conservation and Payments for Environmental Services on an Indigenous Community of Oaxaca, Mexico, in: International Forestry Review, 13(3):318-337. 2011.

**Jenss, Alke (2011):** Hundert Jahre Vergeblichkeit, in: Landhunger und satte Gewinne, Dossier Nr. 4 der Lateinamerika Nachrichten und FDCL, Berlin, S. 18-21.

**Keller, Annett (2011):** Der Hintern der Welt - Bergbau, Ölpalmpflanzungen und REDD+ in Indonesien, in: taz vom 30. November 2011.

**Köhler, Bettina (2005):** Ressourcenkonflikte in Lateinamerika. Zur Politischen Ökologie der Inwertsetzung von Wasser, in: Journal für Entwicklungspolitik XXI/2, S. 21-44.

**Kolsoy, Nicolas/Corbera, Esteve (2001):** Payments for ecosystem services as commodity fetishism, in: Ecological Economics 69, S. 1228–1236.

**Kreckel, Reinhard (2004):** Die politische Soziologie der Sozialen Ungleichheit, Frankfurt/New York.

**La Jornada (2011a):** Reciben 600 comuneros de Frontera Corozal pagos por conservar la selva Lacandona, in: La Jornada vom 20.3.2011.

**La Jornada (2011b):** Chiapas apuesta por el futuro sustentable al entrar al mercado de bono de carbono y metano, in: La Jornada vom 17.5. 2011.

**LA Nachrichten (2011):** Landhunger und satte Gewinne, Dossier Nr. 4 September/Oktober 2011 der Lateinamerika Nachrichten und FDCL, Berlin.

**Locatelli, Bruno/Evans; Vanessa/Wardell, Andrew/Andrade, Angela/Vignola, Raffaele (2011):** Forests and Climate Change in Latin America: Linking Adaptation and Mitigation, in: Forests 2011, 2, S. 431-450.

**López Ramírez, Alfonso (2005):** Los intereses geoestratégicos de los Estados Unidos en el Plan Puebla Panamá y el Corredor Biológico Mesoamericano, in: Castro, Teresa y Lucio Oliver: Poder y política en América Latina, Vol. 3. S. XXI, México.

**O'Brien, Karen L. (1998):** Sacrificing the forest: environmental and social struggles in Chiapas, Boulder.

**OXFAM (2011):** Land and Power. The growing scandal surrounding the new wave of investment in land, OXFAM Briefing paper.

**PNUD (2010):** Informe sobre Desarrollo Humano de los Pueblos Indígenas en México. El reto de la desigualdad de oportunidades, Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo México.

**Ribeiro, Silvia (2011a):** REDD - Nombres para el despojo, in: La Jornada vom 21. 5. 2011.

**Ribeiro, Silvia (2011b):** REDD. La brecha lacandona y nuevas formas de despojo, in: La Jornada vom 23.4. 2011.

**Robin Wood (2011):** Interner Bericht eine Rechercheise über die Folgen des Palmölbooms in Indonesien, November 2011.

**Rodriguez, Guadalupe (2009):** Mexiko - Die Indianer wollen ihre Naturschätze bewahren, in: Regenwald Report 03/2009.

**Seiwald, Markus/Zeller, Christian (2011):** Die finanzielle Inwertsetzung des Waldes als CO<sub>2</sub>-Senke: Nutzungsrechte und Nutzungskonflikte im Rahmen der nationalen Entwicklungsstrategie in Ecuador, in: Land – Konflikt, Politik, Profit. Peripherie, Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt Nr. 124, Jg. 31., S. 421-446.

**SIEPAZ (o.J.):** Vertreibungen in "Montes Azules". Der Erhalt der Biodiversität – mit oder gegen die Bevölkerungen?; [http://www.sipaz.org/documentos/mazules/mazules\\_deu.htm](http://www.sipaz.org/documentos/mazules/mazules_deu.htm)

**Treciak, Miriam (2007):** Das Projekt PRODESIS. Entwicklungshilfe für die EU? In: Kastner, Jens/Kerkeling, Luz (Hrsg.) Fehlentwicklungen. Texte zur Kritik an der Entwicklungspolitik in Lateinamerika.

**Trench, Tim (2005):** Representaciones y sus impactos. El Caso de los Lacandones en la Selva Lacandona, in: Liminar, Estudios Sociales y Humaní-

sticos Vol. 3 Nr. 002, Universidad de Ciencias y Artes de Chiapas, S. 48-69.

**UNFCCC (2009):** Decision 4/CP.15 - Methodological guidance for activities relating to reducing emissions from deforestation and forest degradation and the role of conservation, sustainable management of forests and enhancement of forest carbon stocks in developing countries; UNFCCC.

**UNFCCC (2010):** Decision -/CP.16 - Outcome of the work of the Ad Hoc Working Group on long-term Cooperative Action under the Convention; UNFCCC.

**UNFCCC (2011):** The Cancun Agreements: Outcome of the work of the Ad Hoc Working Group on Long-term Cooperative Action under the Convention; UN FCCC/CP/2010/7/Add.1.

**UN-REDD (2011b):** Guidelines on Free, Prior and Informed Consent 2011; UN REDD.

**UN REDD (2008):** UN Collaborative Programme on Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation in Developing Countries, Framework Document FAO, UNDP, UNEP.

**UN REDD (2011):** UN REDD Programme Strategy 2011-2015; FAO, UNDP, UNEP.

**UNFCCC (2005):** Decision 16/CMP1. Land use, land use change and forestry FCCC/KP/CMP/2005/8/Add.3.

**Vos, Jan de (1992):** Una selva herida de muerte, historia reciente de la Selva Lacandona.

In: Vásquez Sánchez, Ramos Olmos, (Hrsg.): Reserva de la Biósfera Montes Azules, Selva Lacandona: Investigación para su conservación. Publicaciones especiales Ecosfera No. 1, Mexico 1992, S. 267-286.

**WBGU (2008):** Zukunftsfähige Bioenergie und nachhaltige Landnutzung, Hauptgutachten 2008.

**Zanchetta, Aldo (2005):** "CHIAPAS AL DIA" , El proyecto PRODESIS Chiapas y la Unión Europea (I/II), Boletines de CIEPAC Nr. 489, San Cristóbal de las Casas.

**Zunino, Mariela/ Pickard, Miguel (2008):** "Landstädte" in Chiapas: Regierung vertreibt Bauern, Boletines de CIEPAC Nr. 572, San Cristóbal de las Casas.

# Interdisciplinary Research on Climate Change Mitigation and Adaptation

Discussion Paper 02/2012